

Besprechungen

Wolfgang Schwerna: Untersuchungen zur Theorie der Investition. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 108 S.

Während noch vor 15 Jahren deutschsprachige Literatur über Investitionen, insbesondere Investitionsrechnungen, nur spärlich vorhanden war, ist sie jetzt beinahe unübersehbar geworden. Dem Verfasser des hier zu besprechenden Buches ist es aber gelungen, eine „Marktlücke“ aufzuspüren. Bisher lagen im wesentlichen (soweit es um größere Arbeiten geht) Werke vor, die sich auf die „klassischen“ (sog. „dynamischen“) Verfahren der Investitionsrechnung konzentrierten und lediglich einen Ausblick auf neuere Entwicklungen gaben, oder Werke, die umgekehrt nach relativ kurzen Kritiken die Konstruktion eines neuen Modells oder mehrerer neuer Modelle aufwiesen. Schwerna hat sich dagegen das Ziel gesetzt, „die Lösungsvorschläge zur Bestimmung des optimalen Investitionsprogramms, die auf der mathematischen Programmierung fußen, im Vergleich zu den entsprechenden Lösungen der traditionellen Investitionsplanung einer kritischen Würdigung zu unterziehen“ (vgl. Zusammenfassung, S. 102). Die älteren und neueren Lösungsvorschläge werden also einigermaßen gleichgewichtig untersucht.

Als besonders bemerkenswert sind drei Untersuchungen und Ergebnisse des Verfassers herauszustellen:

1. Schwerna untersucht die Frage, ob die Entwicklung der neueren Modelle der Investitionsplanung wirklich eine Zäsur in der Entwicklung dieses betriebswirtschaftlichen Fragenkomplexes darstellt. Soweit es um das Modell *Albachs* geht, kommt der Verfasser im wesentlichen zu einer Verneinung dieser Frage. Bei den Voraussetzungen sowohl beliebiger Teilbarkeit als auch der Ganzzahligkeit der Projekte könne die Bestimmung des optimalen Investitionsprogramms auch von der traditionellen Investitionsplanung einwandfrei gelöst werden. Die Anwendung der mathematischen Programmierung habe lediglich zu einem Rechenverfahren geführt, das ein systematisches Probieren erlaubt.

2. Schwerna greift noch einmal die schon ausgiebig diskutierten Probleme auf, die dadurch entstehen, daß man häufig bei der Wahl zwischen mehreren Investitionsalternativen im Falle der Anwendung der Kapitalwertmethode zu einer anderen Rangfolge kommt als beim Heranziehen der Methode des Internen Zinsfußes. Da einerseits vielfach die Prämissen der Kapitalwertmethode als der gegebenen Realität besser entsprechend angesehen werden, andererseits die Methode des Internen Zinsfußes als anschaulicher betrachtet wird, entwickelt Schwerna eine Methode nach dem Kriterium des „maximalen totalen Zinssatzes“. Hierdurch wird eine Wahl zwischen Investitions-

alternativen aufgrund des Zinssatzes, aber unter Zugrundelegung der Prämissen der Kapitalwertmethode möglich.

3. Auch die Entwicklung der Totalmodelle zur „Ausschaltung“ des kalkulatorischen Zinssatzes (die Anführungszeichen findet man auch bei Schwerna!) kann nach — gut begründeter — Ansicht des Verfassers nicht als eine Zäsur in der Entwicklung der Investitionsplanung angesehen werden.

Nicht ganz so ergiebig sind die Ausführungen des Verfassers am Anfang des Buches über die Prämissen der Kapitalwertmethode und der Methode des Internen Zinsfußes. Der Verfasser bedient sich hier eines Kunstgriffes, durch den dem Theoretiker keine neuen Erkenntnisse vermittelt, aber Praktiker möglicherweise verwirrt werden können. Schwerna greift zunächst mit rein formalen Argumenten die (von zahlreichen Autoren, so auch vom Rezensenten, übernommene) Feststellung *Albachs* an, daß mit der Wahl des Rechenzinsfußes (bei der Kapitalwertmethode also des Kalkulationszinsfußes, bei der Methode des Internen Zinsfußes — *automatisch* — der Interne Zinsfuß) eine Wiederanlage der Überschüsse zu eben diesem Zinsfuß unterstellt wird. Bei flüchtiger Durchsicht befürchtet der Leser danach, daß Schwerna nicht weiß, was stillschweigend schon dadurch unterstellt ist, daß man sich der Zinseszinsrechnung (oder Rentenrechnung) *bedient!* Später zeigt sich jedoch, daß der Verfasser nur darlegen will (und kann!), daß zwar auch die Anlage zu einem anderen (höheren oder niedrigeren) Zinsfuß möglich ist, wenn zum Ausgleich die Ursprungsverzinsung (d. h. die Höhe der Überschüsse) entsprechend anders (niedriger bzw. höher) ist. Dies ist zweifellos richtig, wurde aber wohl bisher als selbstverständlich unterstellt.

Alles in allem ist das Buch als eine Bereicherung der Fachliteratur anzusehen und ihm deshalb eine weite Verbreitung zu wünschen.

Horst Schwarz, Berlin

Jochen Tiedtke: Zahlungsbilanzausgleich. Mikroökonomische Absorptionstheorie, direkter internationaler Preiszusammenhang und Zahlungsbilanz. Berlin, New York 1972. Walter de Gruyter. 216 S.

Hinter dem Titel verbirgt sich eine Exegese und kritische Beurteilung des Theoriegebäudes von *Stützel*, also insbesondere der aus der sogenannten mikroökonomischen Absorptionstheorie abgeleiteten Aussagen zur Problematik des direkten internationalen Preiszusammenhangs, des *policy-mix*-Konzeptes und des Zahlungsbilanzmechanismus. Die zusammenfassende Darstellung der aus saldenmechanischen Größenbeziehungen deduzierten Hypothesen *Stützels* ist klar und gewiß ein nützlicher Beitrag zum Verständnis der Primärquellen. Grundsätzlich zuzustimmen ist auch *Tiedtkes* kritischer Position gegenüber der Enge eines derartigen monokausalen Ansatzes, die ihn einen Standort außerhalb des theoretischen Systems von *Stützel* zurückgewinnen läßt.

Darstellung und Kritik der *Stützel*-Theorie des internationalen Preiszusammenhangs beweisen im Grunde die nur beschränkte Eignung der mikroökonomischen Absorptionstheorie zur Kausalanalyse des Inflations-

imports. Die Betrachtung alternativer theoretischer Erklärungsmodelle (Rose, Schröder, Issing) aus der Perspektive des Stützel-Systems führt zur kaum überraschenden Schlußfolgerung, daß beide auf einer völlig anderen analytischen Ebene liegen. (Wieso es sich bei diesen Ansätzen allerdings um eine „Theorie des Zahlungsbilanzausgleichs in der Fassung der Geldmengentheorie“ handeln soll, blieb dem Rezensenten unerfindlich.) Wenn Tiedtke dann als Fazit die monokausale Denkweise der sogenannten mikroökonomischen Absorptionstheorie ablehnt, bestätigt er implizite auch den größeren Erklärungswert der partialanalytischen Gleichgewichtstheorie des internationalen Preiszusammenhangs:

Während die mikroökonomische Absorptionstheorie jede Veränderung des Leistungsbilanzsaldos auf veränderte Kreditkonditionen zurückführt, kann die partialanalytische Gleichgewichtstheorie (Elastizitätsanalyse) durch entsprechende Aufhebung der *ceteris-paribus*-Bedingung alle relevanten Wirkungsfaktoren erfassen (Einkommenseffekte, Geldmengeneffekte); während die mikroökonomische Absorptionstheorie lediglich die Unabhängigkeit des Inflationsimports vom Leistungsbilanzsaldo beweist, kann die partialanalytische Gleichgewichtstheorie die den Preisansteckungsprozeß tragenden Kausalzusammenhänge genauer erklären und die Unabhängigkeitsthese als generell (auch außerhalb des Stützel-Systems) gültig nachweisen. Selbst wenn sich Stützel — wie Tiedtke interpretiert — in seiner Unabhängigkeitsthese auf die Möglichkeit der Preisübertragung bei *a priori* passiver Leistungsbilanz beziehen sollte, läßt sich auch diese These ohne weiteres anhand der traditionellen Gleichgewichtstheorie beweisen, ohne daß es eines monokausalen Theoriegebäudes bedarf. Ob sich nun aber die Leistungsbilanz als Folge der Auslandsinflation verbessert oder nicht, ist sehr wohl auch eine — und zwar wichtigere — Frage des internationalen Preiszusammenhangs, da die Übertragung der direkten Preiseffekte auf das Preisniveau durch Einkommens- und Liquiditätseffekte (Saldeneffekte) begünstigt oder erschwert werden kann.

Vor mißverständlichen, weil unpräzisen, Formulierungen sei der Leser gewarnt, etwa wenn Tiedtke als Zwischenergebnis (S. 88) formuliert: „Bei aktiver Leistungsbilanz wirken direkte und indirekte Effekte (= Saldeneffekte, Anm. des Rez.) in die gleiche Richtung“, und „bei passiver Leistungsbilanz konterkarieren sich direkte und indirekte Effekte“. Eine derartige Formulierung verdeckt die Tatsache, daß Einkommenseffekte nicht durch die absolute Höhe des Leistungsbilanzsaldos, sondern nur durch seine Veränderung induziert werden können. In dieser Form sind deshalb beide Aussagen nicht haltbar, da bei aktiver (passiver) Leistungsbilanz die Auslandsinflation auch den Aktivsaldo (Passivsaldo) verringern (vergrößern) kann, so daß bei aktiver Leistungsbilanz direkte und indirekte Effekte entgegengerichtet und bei passiver Leistungsbilanz gleichgerichtet sind.

Tiedtkes kritische Analyse von Stützels *policy-mix*-Konzept erweist im Grunde die bessere Eignung der keynesianischen Denkkategorien *Mundells* zur Analyse dieses Problems. Ein besonderes Kapitel wird zur empirischen Überprüfung der Wirksamkeit des *policy-mix* aufgewandt, um dann festzustellen, daß ein empirischer Test nicht möglich sei. Kein Wort fällt in diesem Zusammenhang zur Frage der Zinsreagibilität von Kapitalbewegungen, die

oft genug empirisch untersucht wurde und die für das Funktionieren des policy-mix grundlegend ist.

Die abschließende Synthese von mikro- und makroökonomischem Konzept der Zahlungsbilanztheorie erbringt eine durchaus interessante, systematische und erweiterte Darstellung möglicher Zahlungsbilanzmechanismen. Tiedtkes Ergebnis, daß eine Synthese beider Theoriebereiche möglich sei, überrascht allerdings nicht, erscheint doch die begriffliche Trennung in mikro- und makroökonomische Zahlungsbilanztheorie keineswegs zwingend, da das eigentliche Untersuchungsobjekt beider Theorien der gesamtwirtschaftliche Zahlungsbilanzsaldo ist.

Dieter Bender, Mainz

Dietrich Lüdeke: Ein ökonometrisches Vierteljahresmodell für die Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VII, 221 S.

In dieser Arbeit wird ein ökonometrisches Modell der Bundesrepublik Deutschland dargestellt. Es unterscheidet sich von anderen, ebenfalls in diese Richtung zielenden Arbeiten, etwa derjenigen von Menges (1959), Hansen (1967) sowie König und Timmermann (1962), dadurch, daß hier ein kurzfristig orientiertes Vierteljahresmodell entwickelt wird, während die anderen Arbeiten mittel- und langfristig orientierte Jahres- bzw. Halbjahresmodelle betreffen. Ein weiterer Unterschied ergibt sich durch den Umfang des Systems, das bei Lüdeke in 36 Bestimmungsfunktionen die vier Teilmodelle für die Erklärung der Gesamtnachfrage, der Einkommensverteilung, des effektiven Arbeitseinsatzes der abhängigen Erwerbstätigen und der Preisbildung umfaßt. Die Saisonkomponente wurde entsprechend berücksichtigt.

Im ersten Kapitel werden jeweils die 36 Bestimmungsfunktionen für die Zeiträume 1952 - 1960 bzw. 1960 - 1964 entwickelt und erläutert; als Schätzmodell wird die diesem linearen dynamischen interdependenten Gleichungssystem adäquate zweistufige Methode der kleinsten Quadrate herangezogen. Die differierenden Strukturschätzungen für die Zeiträume 1952 - 1960 bzw. 1960 - 1964 sind dadurch begründet, daß zu Beginn des zweiten Schätzzeitraumes eine Veränderung der Parameterwerte des Systems eintrat, die durch Struktureinbrüche verursacht wurde, so daß ex-ante-Projektionen auf der Grundlage des Schätzzeitraumes 1952 - 1964 mit erheblichen Fehlern belastet worden wären. Wie bei allen ökonometrischen Modellen handelt es sich bei den Beobachtungswerten der beiden Schätzzeiträume nicht um echte Nachfragewerte, sondern um tatsächliche, am Markt gebildete Ausgleichswerte, was die Prognosequalität des Modells etwa bei zusätzlich zur Verfügung stehenden Kapazitäten beeinträchtigen könnte. Eine noch weitergehende Disaggregation der Bestimmungsgrößen wurde häufig dadurch verhindert, daß keine Vierteljahresdaten zur Verfügung standen, ein Hinweis, der in der Arbeit von Lüdeke mehrfach erscheint. Im Rahmen des Teilmodells für die Erklärung der Gesamtnachfrage wird sehr umfassend dargestellt, welche Ansätze für die Bestimmungsfunktion des privaten Konsums realisierbar sind. Die Modifizierung der Kleinschen Risikobetrachtung bei der Ermittlung einer

Bestimmungsfunktion für die privaten Bruttoanlageinvestitionen bedeutet eine verbesserte Anpassung der Modellvoraussetzungen an die Realität. Dagegen sollten Abschreibungen auf Investitionen der laufenden Periode für Zeiträume, in denen die degressive Abschreibung zugelassen war, nicht vernachlässigt werden, wovon Lüdeke jedoch bei der Bestimmungsfunktion der privaten Abschreibungen ausgeht. Beim Teilmodell für die Erklärung der Einkommensverteilung erscheint die getrennte Berücksichtigung der Lohnsumme und des tatsächlichen Arbeitseinsatzes bei der Bestimmungsfunktion für den Bruttolohn realistischer als in anderen ökonomischen Modellen. Die Vorgehensweise, im Teilmodell für die Erklärung der Preisbildung sowohl die Kosten- als auch die Nachfrageseite für die Preisentwicklung verantwortlich zu machen, kommt den tatsächlichen Ursachen sicher sehr nahe.

Im zweiten Kapitel erläutert Lüdeke die Qualität der beiden Struktur-schätzungen. Hier wäre generell anzumerken, daß die Ergebnisse der Testverfahren dieser Arbeit nur sehr vorsichtig interpretiert werden dürfen, da diese statistischen Testverfahren auf Voraussetzungen beruhen, die für den üblichen Ansatz in der Regressionsanalyse gültig sind, nicht dagegen für ein interdependentes Gleichungssystem, wie es hier gegeben ist. Da geeignete Verfahren mit wenigen Ausnahmen nicht zur Verfügung stehen, ist diese Problematik bei ökonomischen Modellen vorläufig nicht zu umgehen.

Im dritten Kapitel werden schließlich die Parameterstrukturen der Schätzzeiträume 1952 - 1960 und 1960 - 1964 verglichen, um etwaige Struktureinbrüche zu ermitteln. Dieser Vergleich wird zum Teil auch für Parameterwerte durchgeführt, bei denen als endogene Variable Lags verschiedener Länge zugrunde liegen, worauf besser verzichtet worden wäre, da in einem solchen Fall die Parameterwerte aus unterschiedlich strukturierten Gleichungen stammen.

Nachdem im vierten Kapitel zunächst einige Maße für die Prognosegüte diskutiert werden, stellt Lüdeke ein neues Kriterium für die Beurteilung der Prognosequalität vor, bei dem die Projektionsgüte von ex-post-Projektionen in Hinblick auf die Güte der Anpassung der Beobachtungswerte im Schätzzeitraum an die errechneten Werte relativiert wird. Diese Vorgehensweise erscheint recht plausibel, sie ist jedoch wiederum an Voraussetzungen gebunden, die eigentlich nur in der klassischen Regressionsanalyse annähernd zutreffen.

Das abschließende fünfte Kapitel enthält die ex-ante-Projektionen für die Jahre 1967, 1968 und 1969, denen der Schätzzeitraum 1960 - 1964 zugrunde liegt. Beim Vergleich mit den bereits für diese Jahre vorliegenden Beobachtungswerten zeigt sich, daß das von Lüdeke vorgelegte ökonomische Vierteljahresmodell der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit bietet, die meisten Aggregatsgrößen der Verteilungs- und Verwendungsseite der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit hinreichender Genauigkeit zu prognostizieren. Man kann deshalb abschließend sagen, daß dem von Lüdeke vorgelegten ökonomischen Vierteljahresmodell der Bundesrepublik Deutschland besonders in Hinblick auf die Bedeutung von kurzfristigen Prognosen für die Konjunkturpolitik eine erhebliche Relevanz zukommt.

E. Schaich, W. Schweitzer, Regensburg

Wolfgang Salomo: Geldangebot und Zentralbankpolitik. Eine Studie zur Theorie des Geldangebots. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). IV, 152 S.

Nachdem die Funktionsweise des gesamtwirtschaftlichen Geldangebotsmechanismus bislang vornehmlich in und für die USA analysiert worden ist, wird in jüngster Zeit dieses geldtheoretische und geldpolitische Problem ebenfalls in der Bundesrepublik erkannt und aufgegriffen. Nunmehr hat sich auch Salomo mit seiner Untersuchung der Frage nach den Bestimmungsgründen des Geldangebots zugewendet. Ein solcher Angebotsprozeß aber kann nur für ein konkretes monetäres System analysiert werden. Salomo bezieht sich deshalb — wenn dies auch nicht im Titel zum Ausdruck kommt, aber vielleicht doch erwartet wird — auf die institutionellen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland.

Gegenstand der Geldangebotstheorie ist in der Regel der Mechanismus, der die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge in Händen der privaten Nichtbanken bestimmt. Salomo beschränkt seine Untersuchung auf das Sichtdepositenangebot der Kreditinstitute und bei dieser monetären Größe wiederum auf die für eine bestimmte Periode *geplante Änderung* der Sichtverbindlichkeiten. Hierfür wird im ersten Teil der Arbeit eine Angebotsfunktion abgeleitet. Ganz in der Tradition der Darstellung der Geldschöpfung von *Erich Schneider* ist die Depositenänderung als eine Funktion der Überschußreserve einer einzelnen Bank bzw. des Banksystems gesehen. Bei diesem Ansatz aber bleibt der Autor nicht stehen. Er erweitert ihn durch eine Darstellung und Analyse der Bestimmungsgründe eben jener Überschußreserve, die den Banken für eine zusätzliche Depositenschöpfung zur Verfügung steht. Diese Erweiterung führt zu dem Ergebnis, daß die Kreditinstitute selbst den Umfang der Überschußreserve über ihre Nachfrage nach Refinanzierungskrediten und Liquiditätsanlagen mitbestimmen. Die zur Beschreibung des Bankverhaltens postulierten Nachfragefunktionen werden zu wichtigen Bausteinen der gesamtwirtschaftlichen Depositenangebotsfunktion.

Indem der Verfasser sich von vornherein auf das Buchgeldangebot der Geschäftsbanken konzentriert, verbaut er sich allerdings den Weg, eine Analyse des Geldangebotsprozesses vorzunehmen, die alle Wirtschaftssektoren integriert. Diesen Ansatzpunkt sieht der Referent in der Bilanz der Zentralbank, aus der zunächst die Komponenten der Geldbasis (Zentralbankgeldmenge) abgeleitet werden können. Ihre Verknüpfung innerhalb eines konsistenten Schemas von Vermögensbilanzen mit den Portfolio-Verhalten der Geschäftsbanken und der Nichtbanken führt zu einer Theorie über den Angebotsprozeß von Zentralbankgeld als der entscheidenden Basis des gesamten Geldangebotsmechanismus. Dann wäre der Verfasser auch zu einer expliziten Ableitung der Bestimmungsfaktoren des Geldangebots gelangt und nicht zu ihrer eklektischen Aufzählung gezwungen gewesen; außerdem wäre die Unterscheidung zwischen den exogenen, von den geldpolitischen Instanzen kontrollierten und den von dem Bankverhalten abhängigen Komponenten der Geldversorgung deutlicher geworden.

Von diesen Anmerkungen bleibt die Feststellung unberührt, daß Salomo den ersten Schritt von dem herkömmlichen definitonischen Geldschöpfungs-

multiplikator zu einer Hypothese über den Geldangebotsprozeß gemacht hat. Die Nützlichkeit seines Ansatzes wird deutlich, wenn der Verfasser im zweiten und letzten Teil seiner Arbeit, in dem er die Wirkungsweise des Notenbankinstrumentariums beschreibt, zu der abschließenden Aussage kommt, daß die freien Liquiditätsreserven des Banksystems nur unzureichend die ihnen von der Deutschen Bundesbank zugesprochene Funktion eines monetären Indikators erfüllen.

Jürgen Siebke, Kiel

Alexander Eckstein (Hrsg.): *Comparison of Economic Systems, Theoretical and Methodological Approaches*. Berkeley-Los Angeles-London 1971. University of California Press. 366 S.

Eine kurze Besprechung verbietet ein ausführliches Eingehen auf alle Beiträge, die ausnahmslos aus der Feder international bekannter Wissenschaftler stammen. (u. a. *Koopmans, Bergson, Domar, Kuznets, Gerschenkron, Hirschman, Bornstein*). Der Sammelband zielt auf eine systemvergleichende Konzeption, die primär auf „theoretisch-analytische“ Erörterung ökonomischer Prozesse angelegt ist und sich von herkömmlichen Ansätzen politisch-ideologischer Vergleiche abzusetzen sucht. Der Herausgeber bemerkt hierzu: „... the papers in this symposium concern mainly the comparative analysis of Systems of economic organization and their effect on economic behavior and performance.“

Die weitgehende ideologische Unbefangenheit der auf diesem 1968 an der University of Michigan veranstalteten Symposium vorgetragenen Auffassungen führte zu einer radikalen Gegenposition zur liberalistischen These von den Interdependenzen zwischen Freiheit, Eigentum und Wirtschaftssystem. Ein ökonomisches Lenkungssystem wird als praktisch beliebig kombinierbar mit den verschiedensten Eigentumsordnungen angesehen. Allerdings scheint hier ein recht eingeeigter Begriff der Eigentumsordnung vorzuherrschen, der sich primär an juristischen Konstruktionen und kaum an dem durch die tatsächliche Verfügungsmacht bestimmten Inhalt von Eigentumsrechten orientiert. Die Tendenz dieses Symposiums dürfte als repräsentativ für eine breitere Strömung der jüngeren systemvergleichenden Forschung sein, die mit den Ansätzen der Konvergenztheorie zusammenläuft: Systemabgrenzungen werden fließend, und die quantitativ-graduellen Unterscheidungen, für die allerdings noch eine allgemein akzeptierte operationale Skalierung fehlt, verdrängen die qualitativen Differenzierungen. Wie weit sich in dieser Entwicklung, deren Selbstverständnis auf „Entideologisierung“ eingestellt ist, eine der Koexistenzpolitik gemäße Ideologie verbirgt, muß zumindest als Frage aufgeworfen werden. Eine ökonomische Systemtheorie, die „economic systems as a continuum along a scale“ (S. 9) betrachtet, läuft Gefahr, sich von den Ergebnissen der Nachbarwissenschaften, Soziologie, Politologie, Geschichtswissenschaft, zu isolieren. Bezeichnend hierfür ist das Einleitungsreferat von *Koopmans und Montias* (On Description and Comparison of Economic Systems), die ähnlich wie vor Jahren *Walter Eucken* in anderem Zusammenhang ökonomische Phänomene abzugrenzen versuchen, indem metaökonomische Faktoren als

„Umwelt“ behandelt werden und die „Ergebnisse“ (o) ökonomischer Prozesse als Funktion der unabhängigen variablen Umwelt (e), Systemstruktur (s) und der systemimmanenten politischen Handlungen (p) erscheinen: $o = f(e, s, p)$.

Mit Ausnahme der beiden Aufsätze von *Bergson* (Comparative Productivity and Efficiency in the USA and the UdSSR) und von *Domar* (On the Measurement of Comparative Efficiency) bemühen sich die Autoren kaum um den Nachweis empirischer Relevanz ihrer theoretischen Vorschläge zum Systemvergleich, was auch durch die Weitschweifigkeit einiger Darlegungen nicht kompensiert werden kann.

Die Problematik einer nur quantitativ abgrenzenden Charakterisierung von Wirtschaftssystemen, wie sie auf dem Symposium im Vordergrund stand, wird deutlich an dem Verzicht auf den Systemvergleich bezüglich der Leistungsfähigkeit der Systeme. Leistungsfähigkeit hätte sich an dem Kriterium, Bewältigung der jeweils historisch vordringlichen Probleme einer Gesellschaft (Minimalversorgung, soziale Gerechtigkeit, Verteidigung etc.), zu orientieren. Daß Aussagen hierzu unterbleiben, läßt vermuten, daß der Verzicht der wirtschaftssystemvergleichenden Forschung auf die qualitative, explizit Werturteile diskutierende Systemabgrenzung weniger der Versachlichung dient als vielmehr der politökonomischen Sterilität Vorschub leistet.

Karl Georg Zinn, Aachen

Otfried Hatzold: Innovation in der Wirtschaft. München 1970. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. 396 S.

Im März 1970 hatte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung auf Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft eine Tagung über „Innovation in der Wirtschaft“ veranstaltet. Die Referate und Diskussionsbeiträge dieser Tagung werden in diesem Band der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der weitgesteckte Themenbereich der Referate reicht von Problemen der Behandlung des technischen Fortschritts in der Wirtschaftstheorie und der Meßbarkeit bis zu Fragen der Machbarkeit und Beeinflußbarkeit der Innovation.

Der erste Themenbereich ist mit „Innovation als Element des Wirtschaftslebens“ überschrieben: Das einführende Referat von *Ernst Helmstädter* behandelt die „Innovation als Element der wirtschaftlichen Expansion“ (oder genauer: Technischer Fortschritt und Kapitalakkumulation). *Helmstädter* betont, daß die neuere ökonomische Theorie des technischen Fortschritts die Innovationsforschung in eine Sackgasse führe, da die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion zwar den ständig wiederholbaren Output gleichartiger materieller Güter, nicht aber die für sich notwendigerweise prinzipiell einmaligen Vorgänge der Wissensproduktion beschreiben könne. Er zitiert *Arrow*, der darauf hinweist, daß geeignetere (interdisziplinäre) Modelle zur Analyse des sozialen Vorgangs des technischen Fortschritts noch nicht in Sicht sind. — *Helmut Walter* erörtert grundlegende theoretische Aspekte des „Zusammenhang(s) zwischen Forschung und Entwicklung, Innovation und technischem Fortschritt“. Er betont, daß der technische Fortschritt in der ökonomischen Theorie nicht als autonom vorgegeben zu werden braucht, sondern durch

„vorgelagerte ‚Technologie produzierende‘ Aktivitäten“ ökonomisch erklärbar wird. Unter der Überschrift „Innovation und Strukturwandel“ befaßt sich *Luitpold Uhlmann* mit den Möglichkeiten der Innovationspolitik. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Innovationstätigkeit, deren Intensität er an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität mißt, Haupttriebfeder des Strukturwandels in der westdeutschen Wirtschaft ist. Einer sektoral differenzierenden Innovationspolitik komme daher eine „wichtige Steuerungsfunktion für die Wirtschaftsstruktur“ und weniger für das Wirtschaftswachstum zu.

„Verbreitung technischer Neuerungen in der Wirtschaft“: Unter dieser Gesamtüberschrift berichtet *George F. Ray* über „Ergebnisse von Diffusionsuntersuchungen in Europa“. Diese bestärken ihn in seiner Meinung, daß die sog. „technologische Lücke“ eine „Management-Lücke“ ist. Dem Problem der „technologischen Lücke“ und insbesondere deren Meßbarkeit widmet sich auch *Otfried Hatzold* in seinem Beitrag „Probleme technologischer Disparitäten“. — Mit der Frage, warum, wie und mit welchem Ergebnis der technische Fortschritt gemessen wird, befaßt sich *Alfred E. Ott* in seinem Vortrag „Makroökonomische Quantifizierung des technischen Fortschritts“. Er vermutet, daß das heute zur Verfügung stehende statistische Material es nicht gestattet, anspruchsvollere produktionstheoretische Ansätze (zur Messung des technischen Fortschritts) empirisch zu überprüfen. Diese Vermutung basiert auf einer Untersuchung von *Toni Ihlau* und *Lothar Rall* über „theoretische und empirische Probleme des technischen Fortschritts“; ausgewählte Ergebnisse dieses Forschungsprogramms werden als Diskussionsbeitrag in dem vorliegenden Band ebenfalls abgedruckt. Die anschließende rege Diskussion kreist insbesondere um die Frage der Messung des technischen Fortschritts.

Der dritte Themenbereich, der Innovationsprozeß im Betrieb, beginnt mit einem Referat von *Gert von Kortzfleisch* über „mikroökonomische Quantifizierung technischer Fortschritte“. Der Referent gibt einen Überblick über die Möglichkeiten des Quantifizierens technischer Fortschritte in betriebstechnischen Dimensionen bis hin zum dimensionslosen Quantifizieren in der neueren Systemanalyse. Letzteres erläutert er am Beispiel des Verfahrens von *Jay W. Forrester*; dabei stellt er die Vorzüge des heuristischen Verfahrens gegenüber den Optimierungsverfahren heraus: Die Vielzahl wichtiger interdependenter und beeinflufbarer Determinanten des technischen Fortschritts im Unternehmen lassen es ratsam erscheinen, nicht ein optimales Innovationsprogramm zu berechnen, sondern stattdessen die Auswirkungen alternativer unternehmenspolitischer Entscheidungen zu analysieren. — Die nicht nur für die Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Unternehmenspolitik wichtige Frage nach dem Zusammenhang zwischen „Innovation und Unternehmensgröße“ behandelt *Erhard Kantzenbach*. Nach der Gegenüberstellung von in der Literatur vertretenen Meinungen kommt er zu dem Schluß, daß für die verschiedenen F & E-Phasen „höchst unterschiedliche Unternehmenstypen und -größen besonders geeignet zu sein“ scheinen. Es komme daher auf einen gut funktionierenden Transfermechanismus zwischen Klein- und Großunternehmen und somit insbesondere auf offene Produktmärkte und funktionsfähige Lizenzmärkte an. — Es schließt sich ein Kolloquium über Finanzierungsprobleme von Innovationen an. Zwei Beiträge aus der industriellen Pra-

xis von *Martin Kluge* und *Karl Heinz Steigerwald* über „Innovationsprobleme aus unternehmerischer Sicht“ runden den dritten Teil ab.

Am Anfang jeder Innovationsförderung muß die Abschätzung möglicher alternativer zukünftiger technologischer und wirtschaftlicher sowie soziologischer Entwicklungen stehen. *Horst Geschka* befaßt sich daher unter dem Thema „Bestimmung technologischer Trends als Grundlage einer Innovationsförderung“ mit Verfahren zur technologischen Vorausschau. *Alfred Kieser* („Management von Innovationen“) erörtert das Instrumentarium des Innovationsmanagements in Unternehmen im Hinblick auf Organisationsstrukturen, Führungstechniken und Informationsfluß. Verschiedene Aspekte staatlicher Innovationspolitik beleuchtet *Winfried K. Muttelsee* unter dem Thema „Mögliche Maßnahmen zur Innovationsförderung“. Einen Exkurs in die zeitliche Planung von Innovationen liefert schließlich *Egon F. Kasper* unter der Überschrift „Bestimmen von Zeitfaktoren bei Innovationen mit Hilfe der Lebenszyklus-Theorie“.

Dem übergeordneten Thema des letzten Teils, den Stand der Innovationsforschung in Deutschland, wird nur das Referat von *Karl-Heinrich Oppenländer* („Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick auf die künftigen Aufgaben der Innovationsforschung“) gerecht. Er faßt die Ergebnisse der Referate und Diskussionen in zehn Thesen zusammen, um auf dieser Basis Aufgaben zukünftiger Innovationsforschung zu formulieren. In den beiden letzten Referaten wird das Tagungsthema noch einmal in einen etwas weiter gezogenen Rahmen gestellt. *Jürgen Heinrichs* stellt Überlegungen „zur Beurteilung der Rolle der Innovationen für die Lebensbedingungen der technisch-wissenschaftlichen Welt“ an; *Burkhardt Lutz* schließt mit dem Thema „Zur Frage der Steuerbarkeit des technischen Fortschritts“. *Heinrichs* berichtet in seinem Referat über die Arbeit des neu gegründeten „Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“, einem Institut mit mehr philosophischer Aufgabenstellung, das sich unter anderem mit der Frage befaßt, ob es heute nicht darum gehen müsse, innovatorische Entwicklungen zu verlangsamen, anstatt sie zu beschleunigen. *Lutz* betont in seinem Referat die besonderen Einflüsse des Arbeitsmarktes auf den technischen Fortschritt.

Die vorliegende Publikation ist eine ausgezeichnete Bestandsaufnahme der Innovationsforschung. Den Nicht-Fachmann macht sie auf eine sehr verständliche Art und Weise mit der komplexen Problematik dieses Forschungszweiges vertraut, dem Fachmann gibt sie eine Fülle neuer Impulse. Indem sie zeigt, auf welch schwachen theoretischen Füßen die Innovationspolitik heute noch steht, regt sie die Wissenschaft sicherlich dazu an, sich mehr als bisher mit dieser theoretischen Lücke zu befassen.

Joachim F. Reuter, Mülheim (Ruhr)

George K. Kardouche: The Competition for Savings. Determinants for Deposits at Commercial Banks, Mutual Saving Banks, and Savings and Loan Associations. New York 1969. National Industrial Conference Board. 187 S.

Die Veränderungen in der Geld- und Kreditpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika seit 1957, die einen teilweise tiefgreifenden Umstrukturierungs-

prozeß nicht nur im institutionellen Aufbau der amerikanischen Kreditwirtschaft, sondern auch in bezug auf das Arsenal kreditpolitischer Mittel mit sich brachten, bilden den Hintergrund dieser Studie. Der Autor untersucht die Determinanten für das Einlagenvolumen bei den bedeutendsten Depositen-sammelstellen der USA: den Geschäftsbanken, den Sparbanken auf Gegenseitigkeit und den Spar- und Darlehensvereinigungen.

Zwischen diesen drei Hauptgruppen von Finanzinstituten entstand in dem Zeitraum zwischen 1957 und 1966 ein intensiver Wettbewerb um die verschiedenen Einlagenformen, und zwar hauptsächlich als Folge mehrfacher Heraufsetzungen der zulässigen Höchstzinssätze im Einlagengeschäft („Regulation Q“ des Federal Reserve Board). Besonders erwähnt werden muß bei dem sich anschließenden Innovationsprozeß im amerikanischen Bankgewerbe die Schaffung von sogenannten „Certificates of Deposit“ („CD“), mit deren Hilfe vornehmlich den Geschäftsbanken beträchtliche Erweiterungen ihrer Einlagevolumina gelangen. In den Folgejahren wurde die Relevanz auch außenwirtschaftlicher Einflüsse auf die inneramerikanischen Finanzmärkte vor allem durch den bemerkenswerten Rückgang der CD-Bestände zugunsten der zusehends in den Vordergrund tretenden Euro-Dollars deutlich und relevant.

Die wachsende Verzahnung bestehender sowie das Aufkommen weiterer Finanzmarktinstitutionen bringt die Notwendigkeit eines besseren Verständnisses der wettbewerbsfähigen Interrelationen unter den zahlreichen Finanzinstitutionen und -märkten mit sich. Unter diesen Aspekten untersucht der Autor die hauptsächlichsten Determinanten des aus diesen Veränderungen resultierenden Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen Gruppen. Das Schwergewicht liegt auf der Frage nach der Substituierbarkeit der drei Einlagentypen untereinander. Zusätzlich wird die Substituierbarkeit dieser drei Einlagenformen gegenüber anderen Formen der Kapitalbildung, wie z. B. der öffentlichen und der privaten Schuldverschreibungen, untersucht. Besondere Aktualität gewinnt gerade der letztgenannte Gegenstand angesichts zunehmender Tendenzen einer weitgehenden Ablösung des herkömmlichen Kontensparens durch das direkte Engagement der anlagebereiten Investoren in Papieren des offenen allgemeinen Geld- und Kapitalmarktes.

Die Studie von Kardouche umfaßt den Zeitraum von 1952 bis 1966. Sie ist in zwei Hauptabschnitte gegliedert. Der erste Teil (Kapitel 2 bis 4) untersucht für die gesamten Vereinigten Staaten von Amerika unter Verwendung von Zeitreihenanalysen die Determinanten für das Einlagenvolumen der genannten Institutgruppen. In Kapitel 2 gibt der Autor einen zusammenfassenden und systematisierenden Überblick über die zu dieser Fragestellung bereits zahlreich erschienenen englischsprachigen Veröffentlichungen. Die Kapitel 3 und 4 enthalten neue ökonometrische Ergebnisse auf der Grundlage von Vierteljahresdaten für die Periode 1952 bis 1966. Im zweiten Teil werden die Spareinlagen der drei Institutstypen auf Grund bis dahin unveröffentlichter Statistiken für die Jahre 1960 bis 1965 untersucht. Der anschließende Vergleich dieser beiden Ergebnisgruppen bringt eine Reihe aufschlußreicher Folgerungen im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand. Insbesondere die Ausführungen in Kapitel 6 über die Frage nach Stabilität und Anpassungs-

geschwindigkeit bei den betrachteten Institutsgruppen vermitteln interessante Einblicke in das Sparverhalten der privaten Haushalte.

Als wesentlichste Kriterien und Maßstabsgrößen für seine Untersuchung sieht Kardouche in erster Linie die Vermögenssituation des Anlegers, die Renditeaussichten der konkurrierenden Anlageformen sowie als weiteren Faktor den bequemen Zugang des Anlegers zu den in Betracht kommenden Institutsgruppen an. Als Unterziele seiner Forschung versucht der Autor neben der Analyse der bereits erwähnten Determinanten der drei Sparformen die Ableitung von Nachfragefunktionen für diese Typen. Außerdem stellt er Schlußfolgerungen über die Stabilität der Nachfrageverhältnisse im Zeitablauf an und unternimmt Schätzungen der zeitlichen Verschiebungen in den auf Änderungen in der Determinantenkonstellation folgenden Anpassungsbewegungen.

Im Zusammenhang mit den Untersuchungen über den Grad der Substituierbarkeit zwischen den Einlagenformen spricht Kardouche die Diskussion um den Geldmengenbegriff an, die vornehmlich von *Milton Friedman* und *Anna Jacobson-Schwartz* bereits zu Beginn der sechziger Jahre entfacht worden war. Es geht ihm hierbei um die Frage der Einbeziehung auch der Termineinlagen in die Definition des Geldvolumens, wie sie auch in der Bundesrepublik Deutschland in den Berichten der Deutschen Bundesbank ihren Niederschlag gefunden hat. Kardouche kommt hierbei zu der Auffassung, daß die Rolle des Zinses bei der Bestimmung der Allokation der Sparmittel bei den drei Typen von beträchtlicher Relevanz sei. Nach Kardouche ist der Zinsempfindlichkeit der von diesen Einlagensammel- und Einlagevermittlungstellen finanzierten Ausgabenkomplexe für die Beurteilung der Frage, ob die Existenz solcher Institutsgruppen die monetäre Politik in ihren Stabilisierungsbemühungen zu unterstützen geeignet ist, erhebliche Bedeutung beizumessen. Der Autor betont im Hinblick auf diese Aussage weiterhin eine enge Identität zwischen diesen drei Spartypen einerseits und den Beständen an Zahlungsmitteln und laufenden Guthaben andererseits. Es kann wohl der allgemeinen Schlußfolgerung des Autors zugestimmt werden, nach der das Vorhandensein von Austauschbarkeitsrelationen zwischen einzelnen Arten von Kapitalvermögen den expansionistischen Effekt der Finanzinstitute ganz allgemein verstärkt.

Hans E. Büschgen, Köln

Gerhard Gehrig: Konstruktion von Input-Output-Tabellen und -Modellen mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung. Berlin-München 1969. Duncker & Humblot. 137 S.

„Mit Hilfe von Input-Output-Modellen, die statistisch auf den Input-Output-Tabellen basieren, ist man in der Lage, Analysen, Projektionen und Planspiele der verschiedensten Art für zahlreiche Variablen des wirtschaftlichen Kreislaufs durchzuführen“, schreibt Gehrig in der Einleitung seines Buches (S. 14). Wenn von den so umschriebenen Nutzungsmöglichkeiten der Input-Output-Rechnung in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch wenig Gebrauch

gemacht wurde, so hängt das mit dem relativ späten Beginn der Arbeit an gesamtwirtschaftlichen Verflechtungsmatrizen zusammen. Da das Statistische Bundesamt erst Ende der 60er Jahre anfang, eine offizielle Input-Output-Rechnung zu konzipieren, waren die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute — und hier insbesondere das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und das Ifo-Institut in München — gezwungen, sich ihre Input-Output-Datenbasis selbst zu schaffen. Dabei mußte in Kauf genommen werden, daß sich die Verflechtungsmatrizen teilweise auf weit zurückliegende Jahre bezogen, weil zur Tabellenerstellung — u. a. wegen fehlender Unterlagen — ein Arbeitsaufwand von mehreren Jahren notwendig war. Hier hofft Gehrig, Abhilfe schaffen zu können, und zwar durch ein System von Elektronenrechnerprogrammen, das „eine jährliche Erstellung von Input-Output-Tabellen garantiert“ (S. 17), wobei die Tabellen „spätestens nach Ablauf eines Kalenderjahres, d. h. mit einem Einjahreslag zur Gegenwart, zur Verfügung stehen ...“ (S. 11).

Der Aufbau und die Arbeitsweise dieses EDV-Programmsystems, mit dessen Hilfe im Ifo-Institut die funktionell abgegrenzten Input-Output-Tabellen für die BRD für die Jahre 1961 bis 1964 erstellt wurden, wird im ersten Teil der Arbeit beschrieben. Zunächst werden definitorische Erläuterungen zur Zentralmatrix und zu den Hilfsmatrizen (besser: Nebenmatrizen), zur Sektorenabgrenzung und zu den nachgewiesenen Transaktionen gegeben. Hierbei erscheint es dem Rezensenten etwas übertrieben, von einer „Matrix der Vorratsveränderungen“ (S. 19) zu sprechen, wenn Gehrig — die empirischen Gegebenheiten durchaus nicht verkennend — in Fußnote 49 selbst darauf hinweist, „daß die Vorratsveränderungen nur dann in die Berechnungen eingehen, wenn entsprechende statistische Unterlagen erhältlich sind. Es wurde nicht versucht, fehlende Unterlagen durch Schätzungen zu ersetzen“ (S. 56). Auch die zur Verbuchung der Einfuhren als negative Endnachfrage getroffene Annahme, „die Importe seien durch heimische Güter voll substituierbar“ (S. 23), hält der Rezensent nicht immer für vereinbar mit der Realität.

Bei der Erörterung der Probleme der Tabellenkonstruktion geht es im wesentlichen um die Berechnung der Produktgruppen-Outputs und um deren weitere Aufteilung auf die Input-Sektoren. Die Produktgruppen-Outputs werden mit Hilfe von Transformationsmatrizen berechnet, die eine Überführung der unterschiedlichen Warensystematiken in eine einheitliche Input-Output-Systematik bedeuten. Die für die Produktionsbereiche Industrie, Nichtindustrie und Ausland ermittelten Output-Werte werden dann produktgruppenweise aufgrund von Schätzungen von Branchenspezialisten auf die Abnehmersektoren verteilt. Auch die sektoralen primären Inputs werden nach der Output-Methode bestimmt; hier vermißt der Rezensent Erläuterungen, wie das Problem der „Umrechnung der statistischen Angaben von Unternehmensbasis auf Produktionsbereiche“ (S. 54) — oft Ansatzpunkt der Kritik an der funktionellen Abgrenzung von Input-Output-Tabellen — bei der Erstellung der Ifo-Matrizen eigentlich gelöst wurde. Schließlich muß die durch Summation der Produktgruppen-Aufteilungen schrittweise ermittelte Zentralmatrix in bezug auf das Kreislaufaxiom „Input gleich Output“, das für jeden Wirtschaftszweig gilt, noch abgestimmt werden.

Mit einer ausführlichen Beschreibung der Probleme der EDV-Organisation und der Verarbeitung der Daten wird der Teil über die Input-Output-Tabellenerstellung abgeschlossen. Er wird ergänzt durch einen organisatorischen Gesamtplan im Anhang des Buches, der das Zusammenspiel der einzelnen Elektronenrechnerprogramme bei der Tabellenerstellung deutlich macht.

Im zweiten Teil der Arbeit beschreibt Gehrig die Konstruktion von Input-Output-Modellen mittels elektronischer Datenverarbeitung. Die Parameter seines auf eine lineare Struktur begrenzten Input-Output-Modells können „sowohl deterministisch als auch stochastisch oder kombiniert deterministisch und stochastisch“ geschätzt werden (S. 86). Gehrig geht von einer Funktionalisierung der zur Definition der Modellbasis benutzten Elemente der Zentralmatrix aus und gibt zunächst fünf Typen linearer Modellstrukturen an. Dann werden die Parameter isoliert geschätzt, und zwar durch eine deterministische und/oder stochastische Schätzung. Mit Hilfe der danach dargestellten statistischen Tests, die sich nur auf stochastische Funktionen beziehen, wird schließlich die beste Funktion ausgewählt. Sind die verifizierten Modelltypen ermittelt, ist es unter bestimmten Voraussetzungen möglich, eine Simultanschätzung der Modellparameter vorzunehmen; hierauf wird abschließend eingegangen.

Im Rahmen eines Ausblicks über die neuen technischen Möglichkeiten bei der elektronischen Datenverarbeitung spricht sich Gehrig am Schluß seiner Arbeit für die Errichtung eines wirtschaftswissenschaftlichen Informationszentrums aus. Dieser Idee ist voll zuzustimmen, doch dürfte bis zu ihrer Realisierung noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten sein.

Für jeden, der sich mit der Erstellung von Input-Output-Tabellen befaßt, ist es lohnenswert, Gehrigs Buch zu lesen, zumal die dort beschriebenen Konstruktionsmethoden jederzeit nachvollziehbar sind. Der Rezensent ist nur skeptisch, ob die Modellbildung mittels elektronischer Datenverarbeitung wirklich sinnvoll ist, ganz abgesehen davon, daß auch noch keine entsprechenden EDV-Programme vorliegen. Diese sind für die Erstellung von Input-Output-Tabellen zwar vorhanden, doch fällt es dem Rezensenten auch hier schwer zu glauben, daß „aktuelle Tabellen . . . spätestens nach Ablauf eines Kalenderjahres“ (S. 11) verfügbar sein sollen. Er wäre deshalb froh, wenn es gelänge, die Ifo-Tabellenserie für die Jahre 1961 bis 1964 „zumindest jeweils bis zum letzten abgeschlossenen Kalenderjahr“ (S. 15) fortzusetzen; denn dieser Beweis der Funktionsfähigkeit des EDV-Programmsystems ist bisher leider noch nicht erbracht worden.

Reiner Stäglich, Berlin

Wolfgang von Stromer: Oberdeutsche Hochfinanz 1350 - 1450. 3 Bde. Wiesbaden 1970. Franz Steiner. XXI, 608 S.

Dieses Buch bietet eine materialreiche und methodisch anregende Darstellung der kommerziellen und politischen Kreditgeschäfte der bedeutenden Nürnberger Fernhändler und Geldwechsler in dem Jahrhundert der Luxemburger Kaiser, zugleich der Blütezeit der Nürnberger Großkaufleute. Der

Verfasser hat für seine Untersuchung ein umfangreiches Material an gedruckten und archivalischen Quellen ausgewertet — im Quellen- und Literaturverzeichnis vermißt man eine Zusammenstellung der benutzten Archivalien. So groß auch die Zahl der vom Verfasser herangezogenen Quellen ist, so ist doch die Überlieferung naturgemäß sehr lückenhaft und bietet nicht mehr als Indizien. Es ist das Verdienst des Verfassers, die sporadische Nachrichtenüberlieferung durch intensive Interpretation und Kombination ergiebig gemacht zu haben.

Stromer geht von einigen einleuchtenden Arbeitshypothesen aus: Auch in einer so bedeutenden Handelsstadt wie Nürnberg kann die Zahl der im großen Fernhandel und Geldgeschäft tätigen Familien nur begrenzt gewesen sein, weshalb man also die große Zahl der auf den europäischen Märkten auftretenden Nürnberger Kaufleute einer begrenzten Zahl von großen Unternehmen zuordnen muß. Die Einzeluntersuchung bestätigt diese Hypothese. Die zweite Arbeitshypothese ist ein Zweifel an der oft wiederholten These, daß im mittelalterlichen Fernhandel Gelegenheitsgeschäfte eine große Rolle gespielt haben. Der Verfasser vermutet demgegenüber, daß der risikoreiche Fernhandel und insbesondere auch das Geldgeschäft (Wechselhandel) an fernen Plätzen nur sinnvoll war, wenn man lange und systematisch an diesen Plätzen tätig war und ein gutes Informationsnetz unterhielt. Auch diese Arbeitshypothese wird durch die Einzeluntersuchung bestätigt, und es gelingt dem Verfasser, anschaulich zu machen, wie einige Nürnberger Geldherren durch ihren vorzüglichen Informations- und Kurierdienst in die Lage versetzt wurden, beim Handel mit Wechselbriefen die Kursdifferenzen an den verschiedenen Geldplätzen zu gewinnbringenden Geschäften auszunutzen. Überhaupt wird aus der Darstellung deutlich — und das halte ich für eines ihrer wesentlichen Ergebnisse —, in welchem hohem Maße der wirtschaftliche Erfolg dieser Nürnberger Kaufleute auf ihrer für die damalige Zeit höchst modernen Betriebstechnik (Buchführung, Informantennetz, Eilkuriere) beruhte. Die dritte Arbeitshypothese schließlich ist die, daß die Kaufleute sich dafür interessieren mußten, daß die von ihnen gezahlten Steuern und Zölle und vor allem ihre Anleihen, deren Rückzahlung meist zweifelhaft war, nicht gerade ihren Interessen zuwider verwandt wurden. Diese Hypothese ist der Ausgangspunkt für das Hauptproblem des Buches, nämlich die Versuche von Nürnberger Kaufleuten, in die Politik, und zwar in die Politik der Reichsstädte, einzelner Fürsten und des Kaisers einzugreifen.

Der Verfasser geht dieser Frage bei einigen bedeutenden Einzelvorgängen nach: Er schildert den Erwerb der Nürnberger Flandernprivilegien 1362 als Lohn für die Leistungen Nürnberger Blockadebrecher während der hansischen Flandernblockade. Für den Handel zwischen Oberdeutschland und Mailand in der Zeit der Visconti, über den man bisher kaum etwas wußte, bringt er in einem Kapitel über die Tätigkeit oberdeutscher Kaufleute neues Material bei, das erstmals eine etwas genauere Vorstellung vermittelt. Ausführlich wird das Eindringen oberdeutscher, vor allem Nürnberger Unternehmen in Ungarn und Polen behandelt. Hier konnten die oberdeutschen Kaufleute eine beherrschende Stellung im Buntmetallbergbau gewinnen, die ihnen einen erheblichen Einfluß auf den Edelmetall-Umlauf in Ostmitteleuropa ermöglichte.

Diese dominierende Stellung fand ihr Ende mit der Niederlage des deutschen Ritterordens, der den Oberdeutschen hier politischen Rückhalt gegeben hatte, in der Schlacht bei Tannenberg (1410). Unter den Fürsten, deren Politik die Nürnberger Großkaufleute finanziell unterstützten — für politische und wirtschaftliche Gegenleistungen dieser Fürsten —, stehen die deutschen Könige Karl IV., Ruprecht und Sigismund an der Spitze. Die Nürnberger finanzierten gemeinsam mit anderen oberdeutschen Städten den Erwerb der Mark Brandenburg durch Karl IV.; Nürnberger Großkaufleute beteiligten sich gemeinsam mit Wenzel an der Ausplünderung der reichsstädtischen Juden bei der sog. „Judenschuldentilgung“; Nürnberger Kaufleute finanzierten gemeinsam mit Florentiner Geldleuten den Zug Ruprechts nach Italien; und schließlich waren es die Nürnberger, die Sigismunds Reichsreformpläne und auch seinen Kampf gegen die Hussiten finanziell unterstützten. Die Gegenleistungen der Könige kamen nicht nur einzelnen Kaufleuten zugute, sondern zumeist dem Gemeinwesen, dem sie angehörten, nämlich der Freien Reichsstadt Nürnberg. Die finanzielle Hilfe für die Könige brachte der Stadt die allmähliche Entmachtung der Burggrafen von Nürnberg, die Münzhoheit, die Überführung der Reichskleinodien nach Nürnberg und wirtschaftspolitische Hilfe in der Auseinandersetzung mit Venedig ein. Die Untersuchung dieser politischen und wirtschaftlichen Vorgänge wird ergänzt durch eine Analyse der sozialen Schichtung Nürnbergs, der großen Nürnberger Vermögen und der Zusammensetzung des Nürnberger Rates im frühen 15. Jahrhundert sowie durch eine Schilderung der Vermögensverhältnisse und des Geschäftsbetriebes eines Nürnberger Geldwechslers und eines großen Finanziers.

Nachdem Stromer in diesen Einzeluntersuchungen die Quellen kritisch ausgewertet und das noch lückenhafte Bild, das die Quellen bieten, durch vorsichtige und begründete Schlußfolgerungen ergänzt hat, faßt er dann im Schlußkapitel die Einzeluntersuchungen zusammen. Dabei kristallisieren sich folgende Hauptergebnisse heraus: Die oberdeutschen, insbesondere auch die Nürnberger Großkaufleute hatten schon in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ein weitgespanntes System von Handels- und Finanzbeziehungen mit Nordwesteuropa, Ostmitteleuropa und Oberitalien aufgebaut. Sie waren stark auch in politischen Geldgeschäften engagiert, wobei sie mit großem Geschick politische Vorteile für ihre Stadt und geschäftliche Vorteile für ihre Unternehmer herausholten. Das starke politische Engagement wurde ihnen aber schließlich zum Verhängnis; denn so wurde ihre wirtschaftliche Tätigkeit zu sehr von den politischen Erfolgen oder Mißerfolgen ihrer politischen Partner abhängig. Und daher leiteten die Niederlage des Deutschen Ordens 1410 und das Scheitern der Reichspolitik Sigismunds den Niedergang der großen Nürnberger Handelshäuser nach 1450 ein.

Die gehaltvolle und anschauliche Darlegung dieser Zusammenhänge in dem vorliegenden Buch bedeutet eine wichtige Erweiterung und Vertiefung unserer Kenntnis vom späten Mittelalter und zugleich von der Frühgeschichte des Kreditwesens.

Karl Erich Born, Tübingen

Bernhard Hess, Walter Krug, Siegfried Maaß, Wolfram Unger (Hrsg.): Analyse und Prognose in der quantitativen Wirtschaftsforschung. Festgabe für Ingeborg Esenwein-Rothe zum 60. Geburtstag. Berlin, München 1971. Duncker & Humblot. VIII, 284 S.

Die Inhalte der sechzehn Beiträge in der Festschrift sind recht breit gestreut. Als einen Gegenpol zu dem im Titel genannten Generalthema darf man wohl den Beitrag von *Ernst Dürr* über „Ordnungspolitische Aspekte quantitativer Prognosen und Zielprojektionen“ verstehen. Die Unzulänglichkeiten einiger Prognosen in der Vergangenheit, die er erwähnt, führen bei Dürr zu dem Schluß, daß die Wirtschaftspolitik so zu gestalten sei, „daß sie keiner quantitativen Prognosen und Zielprojektionen bedarf“. Die meisten übrigen Mitautoren des Bandes scheinen da anderer Ansicht zu sein, denn die Mehrzahl der Beiträge befaßt sich damit, wie statistische Analyse- und Prognoseverfahren verfeinert und insbesondere, wie das statistische Datenmaterial, auf dem wirtschaftspolitische Planungen und Projektionen basieren, verbessert werden kann.

Was die Prognoseverfahren anbetrifft, so macht der Beitrag von *Günter Menges* über „Die Rolle der A-priori-Information bei ökonomischen Prognosen“ klar, wie stark der Anteil der A-priori-Annahmen gegenüber dem Anteil der echten A-priori-Kenntnisse in einem ökonomischen Prognosemodell ist. Daraus kann man aber zweifellos nicht folgern, daß ökonomische Methoden wirtschaftspolitisch nicht verwertbar seien, wie *Dürr* das behauptet, zumindest nicht, was die für die Konjunktursteuerung wichtigen kurzfristigen Prognosen betrifft. Daß auch bei dem zeitlichen Wandel unterworfenen Parametern — z. B. bei generationsabhängigen Verhaltensweisen wie der Beteiligung der Frau am Erwerbsleben — Vorausschätzungen sinnvoll und möglich sind, zeigt der Beitrag von *Herberger* über „Vorausschätzungen und Kohortenanalyse“.

Mit dem zweiten Aspekt, der Verbesserung des statistischen Datenmaterials, befassen sich im weiteren Sinne sieben Beiträge. Nach einem einleitenden Überblick über die Entwicklung, die Methoden und die Anwendungsgebiete der Statistik von *Hans Kellerer* sind vier methodische Beiträge diesem Problem gewidmet. *Strecker* möchte dazu anregen, in Stichprobenplänen bei Vorliegen von Zusatzinformationen — etwa aus vorhergehenden Erhebungen — die Auswahlchance eines Elements proportional dem Wert des aus der Information bekannten Merkmals zu wählen, um dadurch die Stichprobenvarianz zu verringern. Bei der zur Ermittlung des notwendigen Stichprobenumfangs erforderlichen Abschätzung der Varianz des Erhebungsmerkmals kann man sich den Vorschlag von *Walter Piesch* zunutze machen, der zeigt, wie die Varianz einer stückweise linearen Verteilung durch Zerlegung der Fläche unter der Dichte in Rechtecks- und Dreiecksflächen einfach ermittelt werden kann. *Walter Krug* beschäftigt sich mit Fehlern bei Erhebungen, die auf nicht exakte Angaben seitens der Befragten oder auf Interviewereinflüsse (nicht stichprobenbedingte Fehler) zurückzuführen sind. Er gibt Maßzahlen zur Beurteilung und Analyse dieser Fehler und der Verlässlichkeit von Erhebungsergebnissen sowie mögliche Schätzfunktionen für diese Maßzahlen, ermittelt durch Nachkontrollen, an.

Horst Rinne diskutiert Möglichkeiten, die Genauigkeit von Schätzungen für Aggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu verbessern, wenn mehrere Schätzungen für diese Aggregate aus der Entstehungs-, der Verteilungs- und der Verwendungsrechnung vorliegen. Was die Ermittlung der Ersparnisbildung anbetrifft, so weist *Rolf Wagenführ* darauf hin, daß die Differenzbildung (Ersparnis gleich Nettozialprodukt minus privater und staatlicher Verbrauch) zu großen Ungenauigkeiten im Ergebnis führen kann. Nach seiner Meinung wäre es besser, vom Bruttozialprodukt auszugehen.

Möglichkeiten einer Verbesserung der Industriestatistik werden von *Arnim Sobotschinski*, Anforderungen an die amtliche Statistik zur Messung und Prognose des technischen Fortschritts von *Rolf Krenzel* diskutiert.

Dieter Grimm und *Siegfried Maaß* untersuchen Schätzfunktionen zur Prognose der Investitionen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen.

Über Instrumentenvariablen versuchen sie auch, in Anlehnung an *Friedmans* permanent income hypothesis den Zusammenhang zwischen den „dauerhaften Komponenten“ der Investitionen und des Bruttozialprodukts zu schätzen.

Dem Themenkreis „Analyse in der quantitativen Wirtschaftsforschung“ sind die Beiträge von *Walther G. Hoffmann*, *Otmar Issing*, *Joachim Klaus* und *Bernd Lerch* sowie von *Andreas Predöhl* zuzurechnen. Bei einem Vergleich der Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Größen in Schweden und der Bundesrepublik stellt *Hoffmann* eine weitgehende Ähnlichkeit im Verlauf der Investitionsquote, des Lohnsatzes, der Lohnquote und der Lohnkosten je realer Produkteinheit fest und kommt zu dem Resultat, daß sowohl die Lohnquote als auch der Verlauf der mengenmäßigen Arbeitsproduktivität brauchbare Konjunkturindikatoren darstellen.

Issing analysiert die Entwicklung der Kapitalbilanz der BRD von 1950 bis 1969.

Klaus und *Lerch* diskutieren Probleme der Anwendung der Cost-Benefit-Analyse bei der Planung regionalpolitischer Projekte, bei denen nach ihrer Ansicht die intangiblen Projektwirkungen eine besondere Rolle spielen, so daß der Erfolg der Regionalpolitik mit rein ökonomischen Kategorien nur sehr bedingt beurteilt werden kann.

Predöhl beschreibt die Entwicklung des internationalen Währungssystems in der Nachkriegszeit und diskutiert Vorschläge zur währungspolitischen Integration in der EWG.

Siegfried Heiler, Berlin

Gerhard Prosi: Ökonomische Theorie des Buches. Düsseldorf 1971. Bertelsmanns Universitätsverlag. 155 S.

Der Titel klingt recht verheißungsvoll. Die Behandlung eines derartigen Themas würde erfordern, zunächst das Spezifische des Buches gegenüber den anderen ökonomischen Gütern und Leistungen herauszustellen. Der nächste Schritt wäre, den zur Verfügung stehenden theoretischen Apparat darauf an-

zuwenden, was selbstredend u. a. dazu zwingt, die theoretischen Instrumente auf das Untersuchungsobjekt hin zu modifizieren. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Arbeit von Prosi — unter diesem hat auch der Verfasser seine Arbeit gesehen —, so stellt man leider fest, daß dem Verfasser dies in verschiedener Hinsicht nicht gelungen ist.

Im ersten Teil der Untersuchung beschäftigt sich der Verfasser im Zusammenhang mit dem Urheber- und Verlegerschutzrecht ausgiebig mit kosten- und preistheoretischen Fragen. Obgleich er mit Recht sagt, daß sich die Nachfrage nach einem Buch über unterschiedliche Zeiträume verteilt, sieht er nicht den entscheidenden Punkt, weswegen sich hier die lehrbuchübliche Gegenüberstellung von Kosten und Nachfrage nicht ohne weiteres anwenden läßt. Beim Buch wird mit der Auflagenhöhe die Produktionsmenge im voraus hergestellt, so daß Produktionsanpassungen an die sich später herausstellende Nachfrage nicht mehr möglich sind, wie es bei der üblichen Güterproduktion der Fall ist. Die hergestellte Buchmenge und das dafür investierte Kapital läßt sich daher eher mit der Errichtung einer Produktionsanlage vergleichen, die ebenso im Hinblick auf eine zukünftige und daher noch unbekannte Nachfrage vorgenommen wird. Um daher nicht bereits vom Anfang an den Ansatz zu verfehlen, wäre nicht die Produktions-, sondern die Investitionstheorie heranzuziehen. Was bei einer Produktionsanlage die Größe der Kapazität ist, stellt bei der Herstellung eines Buches die Auflagenhöhe dar.

Unverständlich ist es, wenn Prosi in seine theoretischen Deduktionen Größen einbaut, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Wenn für das Autorenhonorar in der Regel ein bestimmter Prozentsatz des Verkaufspreises gewährt wird, ist es nicht zweckmäßig, für das Autorenhonorar einen absoluten festen Betrag einzusetzen. Folglich treffen die vom Verfasser abgeleiteten Preiserhöhungen durch das Autorenhonorar — sie spielen bei seiner Argumentation eine zentrale Rolle — in diesem Ausmaß nicht zu. Statt dessen führt ein prozentual fixiertes Autorenhonorar zu sinkenden Grenzkosten, wenn diese als abhängig von der hergestellten Menge und diese wiederum als abhängig vom Verkaufspreis betrachtet werden.

Selbst dort, wo sich der Verfasser im Rahmen des üblichen Lehrbuchschemas bewegt, ergeben sich Ungereimtheiten. Für seine Analyse benützt der Verfasser den u-förmigen Grenzkostenverlauf. Er schweigt sich darüber aus, weswegen die Papier- und Buchbinderkosten des ersten Buches höher sein sollen als die des zweiten oder dritten Buches, denn nur dann sind zuerst fallende Grenzkosten berechtigt. Die steigenden Grenzkosten erklärt er mit Lagerkosten, die darauf zurückgehen, daß eine Auflage erst nach einigen Jahren verkauft wird. Dies bedeutet aber, daß die Abszissenachse nicht nur die Menge, sondern auch die aufeinanderfolgenden Zeitperioden wiedergeben muß. Hingegen wird die Nachfrage auf einen bestimmten Zeitraum bezogen, so daß die zwei Größen (Nachfrage und Kosten) unterschiedliche Zeitdimensionen aufweisen. Dies führt zu dem widersinnigen Ergebnis, daß er die steigenden Grenzkosten mit der zu einem niedrigen Preis nachgefragten Menge sich schneiden läßt, gleichsam als ob die zu niedrigerem Preis nachgefragte Menge erst in späteren Jahren wirksam wird.

In Abb. 8 (S. 63) bleibt unerklärlich, wie es bei Bestehen fixer Kosten zu konstanten Stückkosten kommen soll. *Horvitz*, auf den er sich bezieht, stellt wohlweislich nur auf konstante Grenzkosten ab. In Abb. 11 (S. 107) verschiebt er die Grenzkosten nach oben, ohne das Analoge für die Stückkosten zu machen. Folglich ist sein Wettbewerbspreis B ein Verlustpreis, ohne daß es der Verfasser merkt. Ähnlich verhält es sich mit seinen Ausführungen auf S. 81 f. Hier legt er zutreffend dar, daß beim Verleger die Produktionskosten des einzelnen Buches, also auch die Satzkosten, als variable Kosten zu betrachten seien, und zwar dann, wenn die Produktion des einzelnen Buches im Zusammenhang mit der Produktion der anderen vom Verleger hergestellten Bücher gesehen wird. Auch hier merkt der Verfasser nicht, daß er damit seinen vorangegangenen kostentheoretischen Betrachtungen die Basis weitgehend entzieht.

Im letzten Drittel seiner Ausführungen behandelt Prosi die Schutzfristen sowie die Kosten des Urheber- und Verlegerschutzes, woran sich noch allgemeine Folgerungen anschließen. Wenn auch dieser Text weniger formaltheoretisch aufgezogen ist, so zeigen sich doch auch hier die gleichen Schwächen. In der Regel legt der Verfasser die jeweiligen Sachverhalte in die falschen Schubladen. Wenn er abschließend zu dem Ergebnis kommt, den Autorschutz auf zehn Jahre zu begrenzen, so ließen sich sicherlich manche Punkte dafür anführen. In der Sicht des Verfassers soll jedoch dadurch der Autor gezwungen werden, mehr Bücher zu schreiben, da er aus den früheren Werken kein Einkommen mehr bezieht (S. 126). Hier setzt Prosi die Gehirnwindungen des Autors mit einem Computer gleich. Man muß nur rechtzeitig auf die entsprechenden Tasten drücken, dann stoßen die menschlichen Gehirnwindungen ebenso Produkte von gleicher Qualität aus wie der Computer seine numerischen Ergebnisse.

Mit den materiellen Mängeln gehen die der äußeren Darstellung Hand in Hand. Abgesehen von den kaum zu vermeidenden Schreib- und Druckfehlern (bei Fußnote 52 stimmt die Seitenzahl nicht) werden Erklärungen zu Darstellungen im Text (S. 63, 83 und 99) in Fußnoten verwiesen, die am Ende des Buches stehen. Auf S. 116 lautet die Überschrift „Einige Thesen zur historischen Entwicklung...“, während es sinngemäß heißen muß „Einige Thesen zur gegenwärtigen bzw. zukünftigen Entwicklung...“. Hier ist nicht mehr die Tücke des Objektes, sondern fehlende Sorgfalt im Spiel.

Fragt man nach dem Grunde des Mißlingens dieser Arbeit, so läßt es sich vielleicht damit erklären, daß der Verfasser die Lehrbuchtheorie schematisch auf das Untersuchungsobjekt gepreßt hat, weswegen es vor allem zu seinen schiefen Darstellungen gekommen ist. Freilich gibt es auch zutreffende Passagen, die weiterführen könnten und wert wären, aufgenommen zu werden. In den vorherrschenden Ungereimtheiten gehen sie aber unter, was vor allem für einige wettbewerbs- und ordnungspolitische Aspekte gilt. Da der Rezensent dafür besonders offen ist, ist es für ihn um so bedauerlicher, die Arbeit in dieser Weise beurteilen zu müssen.

Ernst Heuß, Marburg

Fritz Emil Büniger: Familienpolitik in Deutschland. Neue Erkenntnisse über den Einfluß des sogenannten „Gießkannenprinzips“ auf die Wirksamkeit sozialpolitischer Maßnahmen. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 196 S.

Der Verfasser macht eingangs selbst darauf aufmerksam, daß seine Arbeit „im wesentlichen vor der Veröffentlichung des umfassenden ‚Berichtes der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland‘ (Bundestagsdrucksache V/2532)“ entstanden sei (S. 5). Trotzdem kann ihm zugesichert werden, daß seine Untersuchung durchaus aktuell ist. Denn seinen Ergebnissen — akzentuiert in den „Schlußbemerkungen“ (vgl. S. 153 f.) zusammengefaßt — stehen die Reformbestrebungen für den Familienlastenausgleich gegenüber, wie sie im „Sozialbericht 1972“ (hrsg. v. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Juli 1971, S. 26 ff.) dargelegt sind.

Nach einführenden Darlegungen (vgl. S. 13 ff.) werden „die politischen Ziele der wirtschaftlichen Familienförderung“ (S. 25 ff.) sehr eingehend behandelt. Es ist erfreulich, daß der Verfasser die Förderung nach staatlichen Maßnahmen zur Sicherung „familiengerechter Einkommen“ (S. 29 ff.) unter den Faktoren des Leistungslohns, der Wirkungen des modernen Steuersystems, den Veränderungen der Lebenshaltungskosten sowie einer bedarfswidrigen Verteilung der Einkommen auf die gesamte Lebenszeit in aner kennenswerter Art und Weise skizziert. Er verweist auch darauf, daß in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg an die Stelle des Kapitaldeckungsverfahrens das Umlageverfahren getreten ist (vgl. S. 36). Der Gedanke des Familienschutzes sei vor allem durch die „jüngere Familiensoziologie“ wesentlich gefördert worden (vgl. S. 37 ff.). Im Zusammenhang mit der Förderung der Familie im Interesse ihrer gesellschaftlichen Funktionen (Fortpflanzungs-, Erziehungs- und Schutzfunktion) seien die Bemühungen zu sehen, die Müttererwerbstätigkeit einzuschränken (vgl. S. 41) sowie „eine maßvolle quantitative Bevölkerungspolitik“ (S. 47) zu betreiben. Die sehr knapp und allgemein gehaltenen Betrachtungen über die Familienpolitik zur Förderung der Wirtschaft (vgl. S. 48 ff.) werden durch weitere Ausführungen an anderer Stelle („Quantitative Bevölkerungspolitik zur Förderung der Wirtschaft und Gesellschaft“, S. 105 ff.) wenigstens einigermaßen ergänzt.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die intensive Erörterung des Themas „Familienpolitik durch Korrektur der Einkommensverteilung?“ (S. 51 ff.), wohlgermerkt mit einem Fragezeichen versehen. Das entscheidende Anliegen des Verfassers ist es, die Forderung nach „Sicherung gerechter Einkommen für alle Familien“ (S. 52 ff.) zu überprüfen. Er kommt dabei zu der Feststellung, daß die Ausgaben für ein Kind mit dem Alter des Kindes und mit dem Einkommen der Eltern zunehmen, jedoch mit wachsender Geschwisterzahl abnehmen (vgl. S. 72, dazu auch die Tabellen 9 bis 12 des Anhangs). Mehr instruktive Bedeutung besitzen die Ausführungen über „Die gerechte Beteiligung Kinderreicher und Kinderarmer an den Lasten der kollektiven Alterssicherung“ (S. 78 ff.), wobei neben dem Kapitaldeckungsverfahren vor allem das Umlageverfahren kritisch beleuchtet wird. Letztlich wird die „allmähliche Wiedereinführung des Kapitaldeckungsverfahrens“ (S. 85) befürwortet. Abschließend wird über die „Bekämpfung der Müttererwerbstätigkeit“ (S. 88 ff.) befunden. Die vom Verfasser vorgetragene Argumente sind nicht immer

stichhaltig und meist auch relativ vage formuliert vorgetragen (vgl. z. B. S. 101). Er selbst tritt zwecks Verringerung der außerhäuslichen Müttererwerbstätigkeit auch für „eine bessere Aufklärung der Bevölkerung“ (S. 104) ein, etwa im Sinne von *Elisabeth Pfeil*, auf deren Ergebnisse speziell Bezug genommen wird.

Interessant ist das Ergebnis des Verfassers. Er warnt davor, „den Empfängerkreis der familienpolitischen Leistungen unnötig auszudehnen oder im Einzelfalle unzulängliche Leistungen zu gewähren“ (S. 127). Vielmehr seien die verfügbaren Beiträge „auf die durch den Unterhalt ihrer Kinder besonders stark belasteten Familien zu konzentrieren“, womit „Eltern mit niedrigem Einkommen oder mit zahlreichen Kindern, nicht aber die große Masse der Haushalte mit mittlerem bis hohem Einkommen oder niedriger bis mittlerer Kinderzahl“ (ebda.) gemeint sind. Diese Auffassung versucht der Verfasser durch eine statistisch fundierte Wirkungsanalyse abzustützen (vgl. „Die Korrektur der Einkommensverteilung durch Kindergeld und Ermäßigungen bei der Einkommen- bzw. Lohnsteuer“, S. 129 ff.). Der Verfasser ist der Meinung, daß das wirtschaftliche Wachstum die Zahl der hilfsbedürftigen Familien immer mehr verringern werde. Insofern sieht er auch keinen Anlaß, die familienpolitischen Einkommenshilfen zu dynamisieren. Vielmehr sei das Förderungssystem so auszugestalten, daß die Zahl der unterstützten Familien mit fortschreitender Einkommenserhöhung automatisch abnehme (vgl. S. 153/54). „Irgendwann wird dann der Zeitpunkt erreicht sein, zu dem die Einkommenshilfen an Familien mit Kindern überhaupt überflüssig sind“ (S. 154).

Dieses Ergebnis ist nicht frei vom Glauben an die Optimalität des marktwirtschaftlichen Verteilungsprozesses sowie einer störungsfrei funktionierenden Einkommens- und Lohnpolitik. Doch ist es deshalb beachtenswert, weil Bestrebungen bestehen, „ein einheitliches Kindergeld“ unabhängig vom Einkommen der Familie zu gewähren (vgl. insbes. Sozialbericht 1972, a.a.O., S. 37). Es wird sicherlich in den laufenden und weiteren Erörterungen über das „Kindergeld für alle“ nicht unbeachtet bleiben.

Insofern hat der Verfasser eine wissenschaftliche Untersuchung vorgelegt, die auch für die praktische sozialpolitische Arbeit Bedeutung hat. Selbst dann, wenn dem Verfasser nicht in allen seinen Ausführungen beigeepflichtet werden kann und manche seiner Argumente zu beanstanden sind, handelt es sich doch um eine anerkennenswerte Leistung. Sie verdient Beachtung, nicht nur deshalb, weil sie ein diffiziles sozialpolitisches Gebiet eindrucksvoll überschaubar macht, sondern auch deshalb, weil ihr Inhalt anregt, andere Auffassungen zum Thema neu zu durchdenken oder diese verstärkt abzustützen.

Hans Georg Schachtschabel, Mannheim